

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 8 (1928-1929)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Sozialdemokratie und Genossenschaftswesen : ein Beitrag zur Frage Partei und Genossenschaften  
**Autor:** Schneider, Friedrich  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-329937>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 14.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

sich trotz der Aussetzungen, die wir an dem Buche zu machen haben, etwas mehr von diesem Geiste in der schweizerischen politischen Publizistik wünschen.

---

## Sozialdemokratie und Genossenschaftswesen.

Ein Beitrag zur Frage Partei und Genossenschaften.

Von Friedrich Schneider.

Der überaus heftige Wahlkampf, der kürzlich im Allgemeinen Consumverein beider Basel (A. C. V.) tobte, hat neben Verstimmungen auch die brennende Frage zurückgelassen: *Wie gestaltet sich in Zukunft das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Genossenschaften?* Daß sie nicht allein für Basel aktuell ist, geht aus der Tatsache hervor, daß die schweizerische Partei seit Jahren einen Genossenschaftstag plant, der die wichtigsten Probleme abklären soll. Das Parteiprogramm sieht die Förderung des Genossenschaftswesens vor, ohne näher zu umschreiben, wie das geschehen soll und was als Gegenleistung erwartet wird. In Ermangelung einer zentralen Marschroute hat die baselstädtische Partei in einem ausführlichen Manifest an die Mitglieder des A. C. V. ihr Verhältnis zur Genossenschaftsbewegung und zu den wichtigsten Punkten der praktischen Genossenschaftspolitik dargelegt.

Die darin vertretene Auffassung wurde von den Bürgerlichen scharf *bekämpft*; sie sei ein Verstoß gegen die Neutralität und der Versuch, den A. C. V. unter die Botmäßigkeit der Partei zu bringen. Ihnen sekundierten einige wenige Genossen, die in den Verwaltungen des A. C. V. und des V. S. K. tätig sind. Die Kommunisten wollten entdeckt haben, daß die sozialdemokratische Programmerkklärung im Widerspruch zur bisherigen Politik stehe. Weder die Vorwürfe der einen noch die der andern sind berechtigt. Dem Manifest, an dem sie selbst mitarbeiteten, stimmten, mit Ausnahme der erwähnten Genossen, die prominentesten Genossenschaftler der baselstädtischen Partei zu. Es wurde von der neugewählten sozialdemokratischen Fraktion (der auch zehn Baselbieter Genossen angehören) zu ihrem praktischen *Arbeitsprogramm* für die nächsten Jahre erhoben. Die beispiellose bürgerliche Hetze, der die Verbandspresse willig zur Verfügung stand und die durch die Zeitungen der Bourgeoisie wirkungsvoll ergänzt wurde, hat ein *schiefes Bild* von der Auffassung unserer Partei entstehen lassen. Genossen des In- und Auslandes sind irreführt worden und haben mündlich oder in Artikeln ihrem Unmut Ausdruck verliehen. Wenn sie den wirklichen Sachverhalt kennen würden,

könnten sie nicht so abfällige Urteile von sich geben, wie es tatsächlich geschehen ist. Wir Sünder sind nämlich der Meinung, Sinn und Geist unseres Genossenschaftsprogramms seien geeignet, dem *werktätigen Volke* zu dienen und der genossenschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Bewegung einen neuen Impuls zu verleihen.

Im folgenden seien die Grundzüge des Manifestes, oft im Wortlaute, wiedergegeben. Die Genossenschaftsbewegung ist *proletarischen Ursprungs*. Die redlichen Pioniere von Rochdale wollten auf diesem Wege ihre wirtschaftliche Lage verbessern. Der moderne Arbeiter hat längst die Bedeutung der organisierten Konsumkraft erkannt. Wohl weiß er, daß die endgültige Ueberwindung des Kapitalismus nur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erfolgen kann. Darum schließt er sich mit seinen Klassengenossen in Gewerkschaften zusammen und kämpft auf politischem Boden mit der Sozialdemokratie. Als dritte im Bunde gesellt sich die Genossenschaft zu Partei und Gewerkschaft. Gewiß ist die genossenschaftliche Organisation ein Mittel, um auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft Verbesserungen durchzusetzen. Sie ist aber zugleich auch Ausdrucksform der *sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*.

In wenigen Worten ist damit auf die Bedeutung der Genossenschaft hingewiesen worden. Wie steht die Arbeiterschaft zum A. C. V.? Sie erblickt in ihm eine *Waffe* im Kampfe gegen den Kapitalismus. Diese Waffe muß aber in einer bestimmten Richtung gebraucht werden, soll sie ihren Zweck erfüllen. Da entstehen Meinungsverschiedenheiten. Es ist richtig, daß unsere Genossenschaft allgemein ist und alle Bevölkerungskreise umfaßt. Damit ist sie auf die breiteste Basis gestellt. Das ist ein Vorteil und ein Nachteil. Da die Bevölkerung durch verschiedene Interessen zerklüftet ist, sind diese Gegensätze auch innerhalb des A. C. V. vorhanden. Die einen, *bürgerlich* eingestellt, grundsätzlich auf dem Boden der Privatwirtschaft stehend, erblicken in ihm nur ein organisatorisches Mittel zur Erzielung momentaner Vorteile. Mehr wollen sie nicht. Andere, *kollektivistisch* beeinflusst, die Privatwirtschaft als unzweckmäßig bekämpfend, sehen im A. C. V. die Ansätze einer höhern Wirtschaftsform. Das ist die Erklärung und Rechtfertigung der innern Kämpfe. Insofern kann die Genossenschaft nicht neutral sein. Steht die Mehrheit ihrer Behörden auf dem letztern Standpunkt, so wird sie den A. C. V. mehr in den Dienst des Kampfes gegen den *Kapitalismus* stellen. Findet sie aber, das erstere sei richtig, wird der A. C. V. auf die Stufe eines Rabattsparvereins herabgedrückt. Dagegen ist eines unerläßlich: *Die organisatorische Unabhängigkeit muß unter allen Umständen gewahrt bleiben*. So richtig es ist, daß Genossenschaft, Partei und Gewerkschaft auf das gleiche Ziel, auf den Sozialismus hin-

arbeiten, so müssen sie der Verschiedenartigkeit ihrer Aufgaben entsprechend organisatorisch voneinander unabhängig sein.

Unsere Einstellung zu der Genossenschaftsbewegung beeinflußt selbstverständlich auch die *Aufgaben*, die wir ihr in der Gegenwartswirtschaft stellen. Für uns können sie sich unmöglich im Kaufen und Verkaufen von Waren, der Erzielung einer Rückvergütung und leidlich günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Personal erschöpfen. Das sind an sich notwendige und für die breiten Massen nützliche Dinge. Aber sie erschöpfen das Wesen der Genossenschaftsbewegung nicht. Der A. C. V. muß planmäßig das Wirtschaftsleben beeinflussen, ohne dabei ins Experimentieren zu geraten. Das geschieht vornehmlich durch:

1. Selbstproduktion von Waren und Massenartikeln, die sich besonders dazu eignen;
2. Vermittlung selbstproduzierter oder angekaufter Waren und Bedarfsartikel an die Mitglieder;
3. Versuche, die Arbeiterfrage auf eine höhere Grundlage zu stellen.

Um diese Aufgaben richtig zu würdigen, ist eine Betrachtung der gegenwärtigen Verhältnisse unerlässlich. Dabei muß die sich ergebende *Kritik* offen ausgesprochen werden. Mit dem Absingen des Lobes der Verwaltung und der abfälligen Beurteilung der Leistungen des Personals ist es nicht getan. Mancher Uebelstand und viele Spannungen sind auf die unrichtige Einstellung verantwortlicher Organe zurückzuführen. An die Produktion wagt sich der A. C. V. nur sehr zögernd heran. Als Begründung dienen die Schwierigkeiten, die der gerechten Lösung der *Arbeiterfrage* entgegenstehen. Es ist zu betonen, daß es auch Pflicht der Genossenschaft ist, nach den Verhältnissen zu fragen, unter denen die von ihr zu vertreibenden Waren und Bedarfsartikel hergestellt werden. Es muß die proletarischen Mitglieder kränken, wenn ihnen der Konsumverein Waren vermittelt, die unter schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen erzeugt wurden. Gegen derartige Mißstände kann nur die Vergenossenschaftlichung der Produktion aufkommen. Dabei darf nicht schematisch vorgegangen werden. Gegen die Ausdehnung der Produktionstätigkeit wird die Arbeiterfrage ins Feld geführt. Gewisse Kreise der Genossenschaftsbewegung wirken nach der Parole: *Zurück zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Privatbetriebe*. Dieser Standpunkt ist aufs schärfste zu bekämpfen. Die Genossenschaften müssen versuchen, das Arbeitsverhältnis auf ein *höheres Niveau* zu stellen und damit die Ergiebigkeit der Arbeit zu steigern. Sie haben den Vorteil eines festen Abnehmerkreises in ihrer Mitgliedschaft. Wenn eine stetige Mahnung und Erziehung auch nötig ist, um die Mitglieder zum Bezuge der Waren und Bedarfsartikel in der Genossenschaft zu veranlassen, so kann man doch auf die

kostspielige Reklame, wie sie von privaten Geschäften betrieben wird, zum Teil verzichten. Der A. C. V. muß keine Kunden suchen, sondern Mitglieder zu *treuen Genossenschaftlern* erziehen. Darin wird er von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften unterstützt. Da er große Mengen in Massenkonsum- und Bedarfsartikeln vermittelt, kann er sich die Vorteile der Großbetriebe zunutze machen. Auf der andern Seite wird das Personal in vermehrtem Maße seine Pflicht tun und Unmögliches nicht verlangen, wenn sein Verhältnis zum Betrieb *anders* gestaltet wird als in den privaten Unternehmungen. Schon die Einstellung darf nicht wahllos vor sich gehen. Nur beste Genossenschaftler werden gute Genossenschaftsarbeiter. Gute Genossenschaftler sind Ueberzeugungsmenschen, die in der Arbeiterschaft nur durch die Arbeiterbewegung entstehen. Vor dem Eintritt in den Betrieb sind bestimmte Bedingungen zu erfüllen, die für die Genossenschaft letzten Endes so wichtig sind wie ein Zeugnis über den Gesundheitszustand. Wer im A. C. V. Arbeit haben will, müßte mindestens drei Jahre selbst der Genossenschaft angehören oder aus einer Familie stammen, die so lange Mitglied ist und sich über den Bezug der Waren bei der Genossenschaft ausweisen kann. Die gewerkschaftliche Organisation ist eine weitere Voraussetzung. Nur jene Arbeiter sind gute Genossenschaftler, die auch das Interesse des *Ganzen* im Auge haben, wenn sie kollektivistisch eingestellt sind. Das kann und ist niemand, der sich nicht einmal mit seinen Berufs- und Arbeitskollegen zu gemeinsamem Wirken und Kämpfen verbindet. Wer das Wohl der Genossenschaft will, muß für diese Voraussetzung eintreten. Wer sie bekämpft, wie die Bürgerlichen, schädigt die Genossenschaft.

Unter der Mitwirkung der Gewerkschaften sollte der A. C. V. ein eigenes Arbeits- und Sozialamt unterhalten, in dem alle Personalfragen zusammenlaufen und nach der zweckmäßigsten Methode und Erfahrung bearbeitet werden. Dieses Amt hat die Einstellungen auf den Antrag der einzelnen Betriebe vorzunehmen, um die größtmögliche *Einheit* zu erzielen. Es wäre direkt der Verwaltungskommission zu unterstellen, deren Präsident es unmittelbar beaufsichtigt. Entlassungen würden erst dann rechtskräftig, wenn die Zustimmung des Arbeits- und Sozialamtes vorliegt. Das Arbeits- und Sozialamt hat auch alle übrigen Personalangelegenheiten vorzubereiten und zu besorgen. Es hat Vorgesetzte und Arbeiter zu genossenschaftlichem Handeln und Wirken systematisch zu beeinflussen. Ihm sind in jedem Betriebe dreigliedrige, von den Arbeitern und Angestellten des Betriebes gewählte Kommissionen beizugeben, die das Personal beim Betriebsvorsteher vertreten sollen und gleichzeitig als Beirat des Arbeits- und Sozialamtes wirken. Die vorhandenen Gegensätze zwischen Personal und Verwaltung können damit auf ein *Minimum* reduziert und damit die Lei-

stungsfähigkeit und der Arbeitswille gesteigert werden. Eine geregelte Arbeitszeit und rechte Löhne genügen dazu nicht. Das ist nur ein Teil der Arbeiterfrage. Der Arbeiter muß zur Genossenschaft in einem *innern Verhältnis* stehen, das ihn zwingt, sich als Teil des Ganzen zu betrachten. Bisher war dem leider nicht so.

Die Genossenschaft darf auch nicht zur Milchkuh des Personals werden, denn alle Lasten, die ihr aufgebürdet werden, müssen die Mitglieder, auch die ökonomisch schlecht gestellten Arbeiter der Privatindustrie, tragen. Die Sozialdemokratie muß es ablehnen, besondere Interessenvertreterin einer einzelnen Gruppe zu sein. Sie fühlt sich dem gesamten werktätigen Volke verpflichtet. Sie kämpft für das Wohl jeder Gruppe, mit dem Ziel, die *Gesamtheit* der Arbeiter und Angestellten zu heben. Es ist nicht wahr, daß sie nur das Materielle im Auge hat. Grundlage der sozialistischen Wirtschaft ist die *Solidarität*. Sie muß im Kampfe um die ökonomischen Forderungen, wo das Wort gilt: Einer für alle und alle für einen, gebildet werden. Auch in der Genossenschaft, die auf dem Gedanken der gegenseitigen Hilfe beruht, hat sie immer mehr alle Handlungen zu beseelen. Es ist die Aufgabe der Genossenschaft, dahin zu wirken, daß in ihren Betrieben der dem Arbeitsverhältnis kapitalistischer Unternehmungen eigene Gegensatz zwischen Arbeiter und Arbeitgeber verschwindet. Er hat in der Genossenschaft keine Berechtigung und wird beseitigt, wenn die Lösung der Arbeiterfrage grundsätzlich *anders* als in den Privatbetrieben erfolgt. Die Aufgabe des A. C. V. besteht auch in einer guten Preispolitik, die nicht nur den Mitgliedern die Waren und Bedarfsartikel billig vermittelt, sondern auch die Preislage im allgemeinen einen Einfluß im Sinne ihrer Senkung ausübt. Besonders Waren und Bedarfsartikel für den *Massenkonsum* müssen zu den niedrigsten Preisen, die möglich sind, abgegeben werden. Man hat schon oft sagen hören: «Im Schatten des A. C. V. gedeihen die kleinen Privatgeschäfte». Damit wird behauptet, die Preise der Genossenschaft seien so hoch, daß jedes Privatgeschäft schöne Profite erzielen kann. Eine schwerere Anklage kann wohl nicht erhoben werden, denn sie *verneint* die Erfüllung des genossenschaftlichen Hauptzweckes.

Ist dem wirklich so? Ja und nein! Tatsache ist jedenfalls, daß trotz der großen Ausdehnung des A. C. V. die Zahl der privaten Geschäfte nicht ab-, sondern zugenommen hat. Andererseits ist festzustellen, daß Basel eine der billigsten Städte unseres Landes ist. Das ist der segensreichen Tätigkeit unserer Genossenschaft zuzuschreiben. Der Brotpreis steht netto auf 46 Rp. das Kilo! Indes muß anerkannt werden, daß noch viel mehr getan werden kann. Da und dort könnte mittelst zweckmäßigerer Betriebsführung noch gespart werden, ohne die

Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Die Sozialdemokratie tritt dafür ein, weil sie eben in der Genossenschaft die Ansätze einer neuen *Wirtschaftsorganisation* sieht. Die sozialistische Wirtschaftsweise muß sich von der privatkapitalistischen auch dadurch unterscheiden, daß sie jede Vergeudung von Arbeitskraft und andern Werten vermeidet.

Auf diese Weise läßt sich das Spesenkonto verkleinern, was Preissenkungen zur Folge haben kann. Gerade das ist auch ein Ziel, das erstrebt werden muß. Die Vertreter der sozialistischen Arbeiterschaft können am wirksamsten in dieser Richtung arbeiten, dank der Einstellung der Partei zur *Privatwirtschaft*. Sie haben keine Rücksichten auf private Geschäftsleute zu nehmen und können darum an die Verwirklichung der zweckmäßigsten Methoden gehen. Wer vermöge seiner Einstellung zur kapitalistischen Wirtschaft gehemmt ist, die genossenschaftliche Idee ohne Einschränkung zur Geltung zu bringen, schädigt die Bewegung. Die Sozialdemokratie ist die *konsequenteste Verfechterin* des Genossenschaftsgedankens. «Herunter mit den Preisen» muß die Losung der Genossenschaftsbehörden sein. Das werktätige Volk leidet unter der Teuerung, da die Löhne nicht entsprechend gestiegen sind. Die Genossenschaft muß auf ihrem Gebiete energisch für billige Preise wirken. Da die Preisfestsetzung vom nationalen und vom Weltmarkte abhängig ist, hat die Genossenschaft jede preistreibende Maßnahme der Staatsbehörden und der Privaten entschieden zu *bekämpfen*. Die Neutralität der Genossenschaft, wie sie von bürgerlicher Seite verstanden wird, ist nichts anderes als ein Schild, hinter dem privatkapitalistische Interessen vertreten werden.

Die *Wohnungsfrage* hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Die Not an Wohngelegenheit hat alles beherrscht. Die private Bautätigkeit ruhte ganz. Es waren keine Profite in genügender Höhe zu machen. Das Kapital wandte sich rentableren Beschäftigungen zu. War es nicht die natürliche Aufgabe der *Genossenschaften*, hier einzugreifen? Die Baugenossenschaften schossen wie Pilze aus dem Boden. Nicht immer wurden der Idee Anhänger gewonnen. Viele dieser Genossenschaften hatten lediglich die *Form* für sich, während der richtige Geist fehlte. Seit Jahren schon hat sich der A. C. V. auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge betätigt. Allerdings zunächst nur als Nebenerscheinung. Liegenschaften wurden gekauft und gebaut, weil sie sich für Ladenzwecke eigneten. Als Produzent von Wohnungen spielte die Genossenschaft eine zu kleine Rolle. Als die Verhältnisse immer schlimmer wurden, beteiligte sich der A. C. V. an Wohngenossenschaften. Er sprang mit Baukrediten bei. Das aber genügt nicht. Der Einfluß, den er auf dem Wohnungsmarkte ausübt, entspricht nicht der Bedeutung unserer Genossenschaft. Die

selbständigen Wohnbaugenossenschaften sind oft nur Sachwalter *privater* Interessen, während die Hauptaufgabe vernachlässigt und ihr tieferer Sinn verloren geht. Viele der vom A. C. V. subventionierten Bauten gingen in Privatbesitz über. Der Genossenschaftsgedanke erfuhr also keine Förderung.

Der A. C. V. sollte selbst mehr Wohnungen bauen und nicht nur in Verbindung mit der Bereitstellung von Verkaufslokalitäten. Seine Pflicht ist es, entschiedenen Einfluß auf den *Wohnungsmarkt* zu gewinnen. In der Hauptsache müßte er billige Wohnungen für Familien erstellen. Die Wohnung ist so wichtig für den Kulturmenschen wie die Nahrung. Aufgabe unserer Bewegung ist die Hebung der Wohnkultur. Das ist besonders den Genossenschaften vorbehalten. An Stelle von Wohnlöchern treten gute, saubere, mit Licht und Luft versehene Wohnungen. Großes ist geleistet worden. Die Mietpreise sind aber zu *teuer*. Der A. C. V. muß selber Wohnungen bauen, dabei aber nie vergessen, daß der Großteil seiner Mitglieder der *Arbeiterklasse* entstammt. Er hat eine große Mission zu erfüllen, wenn er mit gutem Willen und Tatkraft an die Lösung herantritt. Arbeiter- und keine Herrschaftswohnungen hat er zu bauen. Dabei müssen sie mit dem möglichen Komfort ausgestattet und im Preise erschwinglich sein. Die Arbeiterschaft hat ein Recht, diese Betätigung von der Genossenschaft zu verlangen. Sie ist auch für sie ein Vorteil. Die Mittel sind gut angelegt, ganz abgesehen, daß sie ihre Pflicht erfüllt.

Davon will allerdings das Bürgertum nichts wissen. Wie es den staatlichen Wohnungsbau hintertreibt, will es nichts davon wissen, daß die Genossenschaft in größerem Umfange Wohnungen baut. Es ist die Aufgabe der Arbeiterschaft, zum Rechten zu sehen. Den Selbstbau billiger Wohnungen her, muß ihre Losung sein. Große Aufgaben sind auf allen Gebieten des Genossenschaftswesens zu erfüllen. Entschlossen muß ihre Lösung angepackt werden. Die Genossenschaft soll mehr als bisher in den *Dienst des werktätigen Volkes* treten. Mit aller Energie ist der Kampf für die sozialdemokratische Auffassung über das Genossenschaftswesen zu führen. Die kühne Idee, gepaart mit nüchternem und überlegtem Vorgehen, bringt den A. C. V. und seine Mitglieder vorwärts. Die rückständige, von kapitalistischen Einflüssen bestimmte Einstellung der bürgerlichen Genossenschafter wie die demagogische, ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit betriebene Politik der Kommunisten sind für die Genossenschaft gleich verhängnisvoll.

Das war die Wahlplattform der Sozialdemokratischen Partei. Die Politisierung der Wahlen in den Genossenschaftsrat ist eine alte Erscheinung in Basel. Früher war es der Arbeiterbund, der für die Arbeiterschaft stritt, später die Arbeiterunion und nach deren Auflösung die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei. Man wird dem eben dargelegten Pro-

gramm die *Sachlichkeit* nicht absprechen können. Die darin enthaltenen Gedanken sind doch für Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit. Alles, woran sie mitarbeiten, für das sie sich programmatisch einsetzen, muß doch letzten Endes dem Endziele, dem *Sozialismus*, dienen. Wenn die Gewerkschaftsbewegung und die Genossenschaftsbewegung nicht von der sozialistischen Idee erfüllt sind, so verflachen sie und werden zu einer beliebigen Interessenorganisation ohne höhern Inhalt. Das ist unsere Meinung, seit Jahrzehnten. An ihr halten wir fest, in der Ueberzeugung, damit auf dem *rechten Wege* zu sein.

---

## Moskauer Kongresse.

Von Oswald Zienau.

Moskau, Ende Juli.

Nach einer reichlich ausgedehnten Pause von vier Jahren tagte in Moskau der 6. Allweltliche Kongreß der Kommunistischen Internationale: rund 350 Teilnehmer aus 35 Staaten waren erschienen und nahmen in dem Saale Platz, wo kurz zuvor der Schachty-Prozeß beendet worden war. Neben den Russen Bucharin und Stalin saßen im Präsidium dieses kommunistischen Weltkongresses die Deutschen Klara Zetkin und Thälmann und der Franzose Cachin. Verhandlungsgegenstände waren außer einem Bericht, der die als «Stabilisierungsepoche des europäischen Kapitalismus» gekennzeichnete Zwischenzeit von 1924 bis 1928 behandelte, die angeblich drohenden Kriegsgefahren, die Revolutionierung der Kolonial- und Halbkolonialvölker und vor allem, als gegenwärtig wohl wichtigstes Problem des Kommunismus, die Lage der Parteien, wobei der Oppositionskampf in der K. P. d. S. U. im Vordergrund stand. Ueber die Lage des Sowjetstaates selbst ist diesem Kongreß nur in gelegentlichen Zwischenbemerkungen des allgemeinen Berichts, wonach der den Sowjetstaat einschließende Kapitalismus der starke Hemmschuh jeglicher Entwicklung oder Festigung einer vereinzelter sozialistischen Staatswirtschaft ist, ein Bild, und zwar ein recht verschwommenes, gegeben worden.

Diesem kommunistischen Weltkongreß, der immer und immer wieder hinausgeschoben worden ist, fehlte der eigentliche propagandistische Hintergrund, ohne den die Tagungen solcher Organisationsgebilde uninteressant und so nur Angelegenheit der betreffenden veranstaltenden Organisation sind. Die Gegnerschaft zum internationalen Kapitalismus ist zu einer Alltäglichkeit und durch allzu häufigen Schlagwortgebrauch leeres Gerede geworden, was unter anderen Voraussetzungen ideologische Auseinandersetzung sein könnte. Auch wissen wir schon seit langem, daß sich der Staat gewordene Kommunismus